

Soziale Arbeit im Kapitalismus

HART AM LIMIT #2



Eine kollegiale Handreichung
für betriebliche Organisation
in der Sozialen Arbeit.

unverwertbar.org

**1. Wirkliche Bedarfe finanzieren,
statt Haushalte schmieren!**

2. Soziale Arbeit für „umme“?

Lohnarbeit im Angesicht von Deprofessionalisierung und Ehrenamt

**3. Interview: „Wir haben das Gefühl
das Ausgeliefertseins gegenüber
dem Arbeitgeber verloren“**

Ein Interview mit dem Kollegen Alex über Betriebsgruppen und Organisation für die gemeinsamen Interessen als Arbeiter*innen

**4. Prekär und abgewertet:
Care-Arbeit und soziale Arbeit**

5. Anstellungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen

Umstände Sozialer Arbeit als Folge kapitalistischer Verwertung und neoliberaler Sparlogik

Vorwort

Liebe Kolleg*innen,

wir begrüßen Euch zu unserer zweiten Handreichung für Fachkräfte, Ehrenamtliche und Interessierte der Sozialen Arbeit. Die Fortsetzung der Handreichungen des **Solidaritätstreffs „Hart am Limit - Soziale Arbeit im Kapitalismus“** aus Berlin-Wedding ist heute notwendiger denn je.

Als (angehende) Professionelle und Engagierte stehen wir für unsere Zielgruppen und Klient*innen aktiv ein, denn: Gemeinsam arbeiten und streiten wir für würdigere Lebensbedingungen in einem System, das nun mal am laufenden Band soziale Ungerechtigkeiten produziert. Frisch aus der Ausbildung oder dem Studium in die Praxis kommend, merken wir allerdings recht schnell, dass nicht nur die sozialen Hilfesysteme in der Krise stecken. Unsere eigenen Arbeitsverhältnisse sind durch Befristungen, Projekthaftigkeit, Sparzwänge, Mangelwirtschaft und nicht zuletzt die daraus resultierende Überbelastung sowie Unterbezahlung gekennzeichnet. Dies trifft verstärkt auf die Kolleg*innen bei den freien Trägern zu.

Doch wir wollen nicht nur dauerhaft Trostpflaster bei sozialen Notlagen und Elend sein. Der sowieso schon schlechte Ist-Zustand schlägt bei uns Fachkräften auf gleich zwei Ebenen zu: Zum einen in den immer weiter eingeschränkten Möglichkeiten der Umsetzung unserer professionellen Überzeugungen und Berufsethik einerseits. Und zum anderen auch sehr direkt in unserem Geldbeutel, aus dem in der herrschenden Kriegs- und Krisenpolitik die immer höheren Rechnungen zu bezahlen sind. Doch nichts ist aussichtslos. Im Gegenteil: Es liegt an uns, Lohnabhängige und Engagierte der Sozialen Arbeit, für wirkliche Verbesserungen zu kämpfen – sowohl für die Lebensverhältnisse unserer Zielgruppen als auch für die

eigenen Arbeitsverhältnisse als Teil der Arbeiter*innenklasse. Das Verständnis von „uns als Arbeiter*innenklasse“ ist keineswegs Schnee von gestern. Es sind immer noch wir, die im Kapitalismus nichts anderes als unsere Arbeitskraft anzubieten haben und verkaufen müssen.

Umso wichtiger ist es, unsere gemeinsamen Interessen als Lohnabhängige zu begreifen, zu entwickeln und organisiert durchzusetzen. Dabei werden uns die Lippenbekenntnisse der bürgerlichen Parteien und der Geldgeber*innen ebenso wenig helfen, wie die Geschäftsführungen, die teilweise selbst auch in der alltäglichen Sozialen Arbeit Hand anlegen müssen, jedoch als Chefs von unserer Arbeit leben und meist eher die Wirtschaftlichkeit des Trägers im Auge behalten wollen und müssen. Es ist in deren Interesse, dass man nicht zu viel über die Verstrickungen und Abgründe der finanziellen Grundlagen des Hilfesystems erfährt – nicht, dass wir auf die Idee kommen, für die gemeinsamen Interessen der Kolleg*innen Partei zu ergreifen und den Betriebsablauf störende Veränderungen anzustoßen! Insofern brauchen wir dringend sowohl die politischen als auch die fachlichen Grundlagen, um das Mandat für unsere Zielgruppen und uns selbst wirklich wahrnehmen zu können.

„**Die Unwissenheit überwinden**“ muss daher das Motto sein. In dem vorliegenden Heft gilt es deswegen, auszusprechen und weiter zu analysieren, was wir tagtäglich im Träger, in den Auseinandersetzungen mit den Geldgeber*innen und bei der Arbeit mit den Adressat*innen spüren. Unsere prekären Arbeitsbedingungen sind nicht Pech oder Zufall, sondern haben System. Wenn wir uns die unhaltbare und menschenfeindliche Logik, die dahintersteckt, kollektiv bewusst machen, im Team, im Träger, als Lohnabhängige der Sozialen Arbeit dieser Stadt, bietet es eine wertvolle Grundlage für Organisation – im eigenen Betrieb sowie darüber hinaus. So können wir konkrete Verbesserungen umsetzen.



Demonstration „Soziale Arbeit am Limit!“ (Berlin, 21.10.2023)

Um kollektives Wissen über Ursachen und Wirkungen der kritisierten Verhältnisse besser vermitteln und weiterentwickeln zu können, stellen wir als Teilnehmende des Solidaritätstreffs folgende Texte und Diskussionen für alle Interessierten zur Verfügung.

2Mit Sozialer Arbeit besteht im Kapitalismus ein wichtiges Instrument, das in diesem System aus Eigentum an Produktionsmitteln, der privaten Aneignung gesellschaftlichen Reichtums sowie der entfesselten Konkurrenz die größten Widersprüche auffangen soll. Schließlich sollen bestimmte Teile der durch das „soziale Netz“ Gefallenen auch wieder schön in die Verwertungsmaschine eingegliedert werden. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Arbeit „kostengünstig“ und „effizient“ machen, also möglichst billig sein. Doch warum

haben wir stets zu wenig Geld für die wirklichen „Bedarfe“ unserer Klient*innen? Und warum ist die Finanzierung, auch die unserer eigenen Löhne und Arbeitsplätze, so unsicher? Im ersten Text **„Wirkliche Bedarfe finanzieren, statt Haushalte schmieren! Soziale Arbeit zwischen Spardruck und unsicheren Finanzierungen“ (S. 8)** gehen wir dem auf die Spur und zeigen auf, was unter anderem der chronischen Unterfinanzierung zugrunde liegt.

„Wir sind doch alle eine Familie.“

Im Kapitalismus bedeutet Haushaltspolitik zugleich eine Elendsverwaltung im sozialen Bereich. Und da kommen manch findige bürgerliche Politiker*innen auf die Idee, „das bisschen Tischtennispielen und Quatschen“ könne man auch ehrenamtlich machen. Seit vielen Jahren sehen wir uns als Fachkräfte mit Angriffen auf unser Berufsverständnis konfrontiert. Unter dem Titel **„Soziale Arbeit für „umme“? Lohnarbeit im Angesicht von Deprofessionalisierung und Ehrenamt“ (S. 16)** zeigen wir auf, wie mit ausgebauten Budgets für Honorarverträge sowie Aufwandsentschädigungen unsere fachliche Arbeit delegitimiert, Personal gespart und – mittels der paar Euros für die Engagierten, zu wenig um davon zu leben – ein prekärer Beschäftigungsbereich geschaffen wird.

„Wir sind doch alle eine Familie“, „Man kann man doch immer mit mir reden“ oder „Was sollen wir da machen? Wir sitzen schließlich alle im selben Boot“ sind Sätze, die vermutlich jede Fachkraft gehört hat, die die unhaltbaren Bedingungen auf Arbeit gegenüber der Geschäftsführung zur Sprache gebracht hat. Konkrete Verbesserungen in unseren Bereichen fallen dabei weder vom Himmel, noch können sie alleine durchgesetzt werden. Es braucht uns als organisierte Kolleg*innen, die ihre Stimmen zusammentun und aufzeigen:

Die Probleme gehen uns alle an. Im Kurzinterview „**Wir haben das Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber dem Arbeitgeber verloren.**“ (S. 22) steht uns der Kollege Alex Rede und Antwort. Die Arbeiter*innen seines Trägers haben eine Betriebsgruppe gegründet und bringen mit Unterstützung der Gewerkschaft ihre Interessen selbstbewusst und aktiv ein.

Die bereits benannte Prekarität der Sozialen Arbeit kommt nicht aus dem luftleeren Raum. Denn Care-Arbeit, also die Sorge- und Pflegearbeit, wirft keine Profite ab. Sie ist für das Kapital und auch für den staatlichen Haushalt unrentabel und steht daher immer unter Rechtfertigungsdruck. Während im privaten Haushalt permanent unentgeltlich Care-Arbeit geleistet wird, um Familie, Freund*innen, Nachbar*innen und Bekannte zu pflegen und sie „bei der Stange zu halten“, ist diese Arbeit zugleich die elementare Grundlage, um täglich neue Arbeiter*innen und Arbeitskraft (wieder-)herzustellen. Soziale Arbeit ist eine Form bezahlter Care-Arbeit. Und darum ist es wichtig, aus feministischer Perspektive zu analysieren, wie wir Care-Arbeit gesellschaftlich organisieren, die sich nicht an kapitalistischer Verwertbarkeit oder Ausbeutung im privaten Bereich orientiert. Der Text „**Prekär & abgewertet: Care-Arbeit und Soziale Arbeit**“ (S. 28) ist unser Beitrag dazu. **Nun ist klar geworden:** Es wird gespart bis es ächzt und quietscht. Und es sind, neben den Zielgruppen, die auf unzureichende und kaputtgesparte Hilfesysteme treffen, eben auch wir, die unter ungesundem Stress und Burnout massiv leiden. Nicht selten sind wir von den hochtrabenden Professionalitäts- und Fachlichkeitsansprüchen in der Ausbildung und im Studium beeindruckt. In der täglichen Arbeitswelt erfährt diese Haltung jedoch einen Realitätscheck, der viele Kolleg*innen in die Desillusionierung treibt. Diese menschenunwürdigen Umstände sind weder „natürlich“, noch unsere individuellen Fehler.

Im Text „Anstellungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen“ (S. 38) machen wir daher eine kleine Bestandsaufnahme anhand einer gewerkschaftlichen Studie, um den Ist-Zustand von Prekarität und Ausbeutung unter „sozialen Vorzeichen“ in unserer Arbeit herauszustellen.

Der Motor für Veränderungen sind wir - organisiert!

Damit wir nicht nur bei der Theorie bleiben, rufen wir uns in Erinnerung: Wir als Lohnabhängige sind es, die praktische Veränderungen zum Besseren schaffen. Und da sprechen wir aus Erfahrung: Als Solidaritätstreff „Hart am Limit - Soziale Arbeit im Kapitalismus“ blicken wir auf drei Jahre kontinuierliche Arbeit zurück. Neben den wichtigen theoretischen Auseinandersetzungen, wie in der vorliegenden, zweiten Handreichung weitergeführt, sind es die praktischen Aktionen, gelebte Solidarität für Kolleg*innen in betrieblichen Auseinandersetzungen und das gemeinsame, konsequente Eintreten für würdigere Arbeitsverhältnisse (zum Beispiel die verbindliche Angliederung freier Träger an einen aktuellen, inflationsausgleichenden TV-L) und die Unterstützung beim Aufbau betrieblicher Mitbestimmungsgremien, die Feuer und Kraft geben.

Diese Handreichung ist daher ein Gesprächsöffner für Kolleg*innen. Reicht diese weiter und nutzt sie - in der Ausbildung, im Studium, im Betriebsrat bzw. der Betriebsgruppe - oder einfach mit dem Kollegium. Sie soll neben Diskussionsstoff auch Anregungen zur Analyse und Kraft im Arbeitsalltag geben. Und vor allem soll sie Mut geben, sich zu organisieren: in Gewerkschaften und im Betrieb.

Wir laden Euch ein, bei uns im monatlichen Solidaritätstreff im Kiezhaus „Agnes Reinhold“ vorbeizukommen, mitzudiskutieren und mitzumischen. Ob mit (eigener) aktueller Auseinandersetzung im Betrieb oder als aktive*r Kolleg*in:
Wir kämpfen gemeinsam.

In diesem Sinne geht unser herzliches Dankeschön an alle Kolleg*innen aus dem Solidaritätstreff, die die vorliegenden Texte (mit-)geschrieben, intensiv diskutiert und darüber die Handreichung inhaltlich bereichert und möglich gemacht haben.

Solidarische Grüße und ein anregendes Lesen wünscht die Stadtteilorganisation „Hände weg vom Wedding“.

Wir freuen uns immer über Rückmeldungen und Interesse an aktiver Mitarbeit. Ihr wollt zudem auf den Einladungsverteiler des Solidaritätstreffs?

Schreibt uns unter:
solitreff@riseup.net

1

Wirkliche Bedarfe finanzieren, statt Haushalte schmieren!

Soziale Arbeit zwischen Spardruck
und unsicheren Finanzierungen.

So vielfältig wie die sozialarbeiterischen Handlungsfelder selbst sind, so unterschiedlich sind auch deren jeweiligen Ausgestaltungen in ihrer Finanzierung. Gemeinsam ist jedoch allen, dass sie einen ständigen Druck auf die freien Träger und darüber auf die Beschäftigten der Sozialen Arbeit ausüben. Auch die Kolleg*innen in den kommunalen Stellen der Sozialen Arbeit erfahren aufgrund von Sparzwängen und daraus resultierenden Überbelastungen großen Druck.

Die strukturellen Ursachen liegen unter anderem darin, dass die Sozialarbeit für den staatlichen Haushalt einen reinen Kostenfaktor darstellt und keinen direkten Mehrwert im Sinne einer kapitalistischen Profitorientierung schafft. Dadurch erfährt Soziale Arbeit als Care- bzw. Reproduktionstätigkeit im patriarchalen Kapitalismus eine finanzielle und letztlich auch gesellschaftliche Abwertung. Diese Abwertung liegt also im reproduktiven Charakter der Sozialarbeit begründet, die in der Regel keinen direkt abschöpfbaren Profit für das Kapital und den Staat sowie seine Haushalte abwirft. Sie soll zwar soziale Verwerfungen des kapitalistischen Systems und seiner zwangsläufigen Krisen auffangen, Menschen arbeitsfähig machen und damit in das bestehende System eingliedern. Dies soll aufgrund des sozialstaatlichen Sparzwangs jedoch möglichst effektiv und günstig geleistet werden. Daher befassen wir uns im folgenden Beitrag damit, wie der Spardruck in den Finanzierungsweisen konkret umgesetzt wird, wo er sichtbar wird und welche Folgen die permanente Unterfinanzierung auf die Prekarisierung unserer Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse als Sozialarbeiter*innen hat.

Wie wird Soziale Arbeit nun finanziert? Im Wesentlichen erfolgt die Finanzierung sozialarbeiterischer Maßnahmen entweder über eine zuwendungsbasierte Finanzierung oder eine entgeltbasierte Finanzierung. Dies wird über sogenannte Zuwendungs- und Leistungsverträge bzw.

Kosten-Leistungs-Verträge zwischen Staat und Leistungserbringer geregelt. Was das bedeutet, stellen wir kurz dar.

Was ist eine Zuwendungsfinanzierung?

Die zuwendungsbasierte Finanzierung erfolgt durch eine direkte Bezuschussung einer Einrichtung oder eines Projekts aus öffentlichen Geldern. Mit diesem Budget muss der betreffende Träger dann entsprechend haushalten. Je nach Einzelfall kann er über die Mittel etwas freier verfügen, allermeist sind sie an jeweils konkrete Verwendungszwecke gebunden und müssen auf den Cent genau abgerechnet werden. Die Entscheidungen darüber, wer welche Gelder erhält, sind dabei politische Haushaltsentscheidungen. Dies hat zur Folge, dass Soziale Arbeit zur politischen Verhandlungsmasse wird, die in Zeiten finanzieller Krisen stets als erster Kostenpunkt angegriffen wird. Doch auch abseits von Krisen sind Sozialausgaben einem ständigen Rechtfertigungsdruck unterworfen. Die Mittel werden im Vorfeld für einen bestimmten Zeitraum festgelegt und knapp gehalten. Dies soll zu vermeintlich mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit führen. Doch das ist nur ein Vorwand, um auf dem Rücken derjenigen Kosten zu sparen, die die Sozialarbeit tagtäglich leisten oder Sozialarbeit in Anspruch nehmen (müssen).

So unsicher wie die Projektfinanzierungen sind, stellen sich auch die zugehörigen Beschäftigungsverhältnisse dar. Befristete Finanzierungen (sogenannte Modellprojekte), befristete Arbeitsverträge und Honorarverträge werden zur Norm. Die Personalstellen sind so gering bemessen, dass Sozialarbeiter*innen unter ständigem Druck stehen und die Adressat*innen des jeweiligen Angebots nicht wirklich bedarfsgerecht versorgt werden. Auf beiden Seiten entstehen existenzielle Unsicherheiten sowie Desillusionierung und Perspektivlosigkeit. Die existentielle Unsicherheit zuwendungsbasierter

Projekte offenbart sich gerade darin, dass infolge der steigenden Preise zum Jahresende 2022 etwa 90 Prozent der sozialen Einrichtungen um ihr Fortbestehen fürchteten. [1] Die ohnehin knapp geplanten Gelder werden durch die Teuerungen bei Strom, Energie, Miete und Lebensmitteln in der Projektarbeit verschlungen. Ohne Ausgleichszahlungen müssen diese Mehrausgaben am Personal oder in der Qualität des sozialarbeiterischen Angebots gekürzt werden, ansonsten droht die Schließung des Projekts.

Und was ist eine Entgeltfinanzierung?

Die entgeltbasierte Finanzierung erfolgt im Gegensatz zur Zuwendung indirekt über die pauschale Finanzierung von einzelnen Maßnahmen. Wenn Menschen einen rechtlichen Anspruch auf eine sozialarbeiterische Leistung haben, entsteht auch ein Anspruch auf Finanzierung. Diese wird in Rahmenverträgen zwischen den Dachverbänden der Träger und der herrschenden Politik verhandelt. Die daraus resultierende Vertragsform zwischen Träger und Finanziers wird häufig auch Leistungsvertrag genannt, da eine bestimmte Leistung pauschal finanziert und damit abgefolgt wird.

In diesen Verträgen wird genau festgeschrieben, welche Leistungen eine Maßnahme enthält und zu welchem Preis sie geleistet wird. Sozialarbeit wird so zu einer Ware geformt, die pro geleisteter Einheit für einen bestimmten Pauschalbetrag verkauft wird (z.B. in der Familien- und Jugendhilfe). Über die Verwendung der so erhaltenen Gelder kann die Geschäftsführung des Trägers frei bestimmen und muss aus ihnen alle laufenden Kosten decken. Dabei ist auch ein Überschuss / Gewinn für die freien Träger möglich und vorgesehen. Mit diesen finanziellen Rahmenbedingungen haben die Träger somit eigenen Gestaltungsspielraum. Gleichzeitig sind jedoch auch die Entgeltvereinbarungen vom Sparzwang gekennzeichnet. Nicht selten werden diese aus Entgeltfinan-

zierungen stammenden Überschüsse auch dafür verwendet, „nicht rentable“ Bereiche des Trägers querfinanzieren zu können. Schreibt beispielsweise der ambulante Bereich eines Kinder- und Jugendhilfeträgers rote Zahlen, könnten diese aus einer Überbelegung des stationären Bereichs des Trägers aufgefangen werden. Leidtragende in diesem Beispiel sind die Kolleg*innen, welche im stationären Bereich mit einem nicht ausreichend besetzten Stellenkontingent die anfallende Mehrarbeit bewältigen müssen. Um die Besetzung der offenen Stellenanteile wird zwischen Beschäftigten und Geschäftsführungen oft hart gerungen.

Einrichtungen und Arbeitsbereiche rentieren sich generell nur bei einer Vollbelegung, was die freien Träger in eine Abhängigkeit und Nachgiebigkeit in den Verhandlungen mit den (staatlichen) Geldgeber*innen zwingt. Die Träger sind gezwungen, dennoch wirtschaftlich stabil zu bleiben und die festgeschriebenen, oft auch fachfremd definierten Leistungen zu erfüllen. Dafür wird der Rotstift in den freien Trägern in aller Regel an den Personalkosten und an den für eine qualitativ gute Sozialarbeit nötigen Rahmenbedingungen angesetzt. Der Spardruck sorgt somit für eine Deprofessionalisierung durch geringere Personalschlüssel, dünn besetzte Dienstpläne und dadurch höhere Belastungen der Sozialarbeiter*innen. Daneben ergeben sich auch ganz praktische Probleme in der Personal- und Finanzierungsplanung: Wenn Kolleg*innen nach einigen Jahren gemäß ihrer Erfahrungsstufe auch auf eine höhere Gehaltsstufe aufsteigen, bleibt die Finanzierung für den Träger häufig konstant, was sich absurderweise in geringeren Projektmitteln oder gar möglichen Stundenreduzierungen niederschlägt, um die Kosten kompensieren zu können. Und wenn sich ein Betriebsrat im Träger gründet, sind das wichtige Personalausgaben, die sich nicht in den Finanzierungen wiederfinden. Im Klartext: Das betriebsverfassungsgemäße Recht auf Finanzierung der



Demonstration „Soziale Arbeit am Limit!“ (Berlin, 21.10.2023)

wichtigen Betriebsratsarbeit wird gefährdet, schließlich, so hört man zuweilen, könne man sich als Träger die Betriebsratsarbeit nicht leisten.

Somit entsteht eine Konkurrenzsituation zwischen Personalkosten und Sachkosten einer Einrichtung. In der Praxis werden also die Lohnentwicklung und Wahrnehmung von Arbeiter*innenrechten innerhalb eines Trägers und die für die Adressat*innen zur Verfügung stehenden Gelder in ein Konkurrenzverhältnis gesetzt.

Soziale Arbeit soll ihr Elend selbst verwalten? Nein, Danke!

Zusammenfassend könnte man sagen, dass all die kurz skizzierten Probleme in der Sozialarbeit aus schlechten Löhnen, hoher Arbeitsbelastung, vielen Befristungen, knapper Sachmittel und zunehmender Projektförmigkeit in eine Sack-

gasse münden. Es fehlt schlicht an einer bedarfsgerechten, kostendeckenden Finanzierung. Der Ursprung der heutigen Finanzierungsmodelle liegt in den neoliberalen Umstrukturierungen des Sozialstaats und insbesondere der Sozialen Arbeit. Das Selbstkostendeckungsprinzip, also die Sicherung einer bedarfsgerechten Finanzierung, wurde faktisch abgeschafft. Durch die Gestaltung von Entgeltvereinbarungen und

Höherer Effizienz- und Rationalisierungsdruck in der Umsetzung sozialarbeiterischer Maßnahmen

Vergabe von Zuwendungsmitteln wurde ein Markt und damit ein Wettbewerb geschaffen, in dem verschiedene freie Träger um Aufträge konkurrieren.

Daraus folgt auch ein höherer Effizienz- und Rationalisierungsdruck in der Umsetzung sozialarbeiterischer Maßnahmen.

Wo bei einer Kostendeckung vorrangig pädagogische Kriterien zählen würden, sind es nun wirtschaftliche. Eine langfristige und ausreichende Finanzierung würde zumindest die Möglichkeit schaffen, Sozialarbeit gerechter zu entlohnen und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die ein gesundes und gutes Arbeiten möglich machen.

Doch auch mit einer entfristeten Finanzierung ist die Sozialarbeit in ihrer derzeitigen Organisation nicht frei von kapitalistischen Marktlogiken. Freie Träger sind in der neoliberalen Sozialpolitik letztendlich nur so lange konkurrenzfähig, wie sie möglichst kostengünstig ihre Leistungen anbieten. Um Aufträge zu erhalten, werden auch weiterhin Kostensenkungen, u.a. bei Personal und Qualität, an der Tagesordnung sein. Die Verantwortung für schlechte Arbeitsbedingungen liegt dabei in erster Linie bei den Geschäftsführungen der freien Träger, die diesen Markt bespielen und bedauern, „man könne nichts ändern“.



(Berlin, 16.11.2023)

Der Fokus auf die Finanzierungslage in der derzeitigen Situation ist also wichtig, damit eine Grundlage für abgesicherte und stabile Arbeitsverhältnisse geschaffen werden kann. Auch eine Bezahlung nach TV-L in ganz Berlin, die kontinuierlich an die Inflation angepasst werden muss, ist erst über ausreichende Finanzierungsmittel möglich. Doch diese fällt nicht vom Himmel oder wird uns geschenkt. **Eine wirklich sichere Finanzierung, die sich an den realen Bedarfen der Menschen orientiert und unabhängig von Marktlogiken gestaltet ist, ob als Lohnabhängiger*r oder Adressat*in, muss politisch erkämpft werden. Eine neue Konzeption zur Refinanzierung sozialarbeiterischer Maßnahmen ist unabdingbar. Dafür müssen auch wir als Lohnabhängige in Gewerkschaften, in unseren Trägern und übergreifend organisiert Druck machen.**

Quellen und Leseempfehlungen:

[1] Der Paritätische Gesamtverband (2022): *Umfrage in sozialen Einrichtungen zu steigenden Energiekosten: 90 Prozent der Einrichtungen und Dienste sind gefährdet!*, Short-Link: <https://t.ly/2vIGQ>

2

Soziale Arbeit für „umme“?

Lohnarbeit im Angesicht von
Deprofessionalisierung
und Ehrenamt.

Bürgerschaftliches Engagement wird in Deutschland als unverzichtbar bezeichnet. Allerdings wird diese so tragende Ressource seitens des Staats zunehmend missbraucht, indem sie von der herrschenden Politik institutionalisiert wird und dazu dienen soll, die entstandenen Lücken der sozialen Sparpolitik zu stopfen. Engagierte übernehmen notwendige Aufgaben, während der Staat den Schwund an Sozialleistungen mit „freiwilligem Engagement“ versucht zu kompensieren und letztlich damit spart.

Alle fünf Jahre werden in Deutschland Daten zum freiwilligen Engagement erhoben. Ergebnisse des 5. Deutschen Freiwilligen-Surveys [1] zeigen, dass im Jahr 2019 ca. 28,8 Millionen Menschen ehrenamtlich aktiv waren. Das sind rund 40 Prozent der Menschen ab 14 Jahren in Deutschland. Auch im sozialen Bereich ist immer mehr zu beobachten, dass Freiwillige und „Semi-Professionelle“ aufgrund von Personalmangel, Arbeitsverdichtung und Kostendruck eingesetzt werden. Knapp über 8 Prozent der deutschen Bevölkerung (6,9 Millionen Menschen) waren hier im Jahr 2019 ehrenamtlich tätig. Viele private und kirchliche Initiativen im sozialen Bereich, wie u.a. Obdachloseninitiativen, die „Tafeln“, Sprachkurse für Kinder und Erwachsene, Patenschaften für Schüler*innen und Seniorenheime, setzen so gut wie vollständig auf ehrenamtliche Tätigkeit.

Das Phänomen Ehrenamt hängt eng mit der Geschichte der Sozialen Arbeit zusammen. Einerseits ist die Profession der Sozialen Arbeit aus dem Ehrenamt heraus entstanden, andererseits ist das Ehrenamt nach wie vor aktueller und fester Bestandteil im Bereich der Sozialen Arbeit.



Demonstration „Soziale Arbeit am Limit!“ (Berlin, 21.10.2023)

Wandel des Sozialsektors als Folge neoliberaler Politik

Als Antwort neoliberaler Politik rückte das Ehrenamt seit den 80er Jahren (notgedrungen) wieder mehr in den Fokus Sozialer Arbeit. Bereits der einstige Bundeskanzler Kohl (CDU) deutete in seiner Regierungserklärung im Oktober 1982 Kürzungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge an, indem er für eine stärkere „Selbst- und Nächstenhilfe der Bürger“ plädierte. Dieser Wandel und radikale Bruch bisheriger, hart erkämpfter sozialstaatlicher Traditionen setzte sich vor allem Ende der 1990er Jahren unter der rot-grünen Bundesregierung weiter fort.

Ganz unter dem Motto: Bürger-schaftliches „do it yourself“ statt öffentliche Daseinsvorsorge. Die Folgen der neoliberalen Sparpolitik waren Kürzungen in Form von chronischer Unterfinanzierung und Personalabbau

bei gleichzeitig wachsendem Aufgabenspektrum, was mit prekären Beschäftigungsverhältnissen einherging. Aufgrund der dadurch psychisch sowie physisch ausgelaugten Sozialarbeitenden bot es sich an, vermehrt auf Ehrenamtliche zu setzen, um die Lücken zu schließen, während sich der Staat weiter zurückzog. Denn durch die Nutzung ehrenamtlicher Kräfte braucht(e) es weniger hochqualifizierte und damit „teure“ Sozialarbeiter*innen als Hauptamtliche.

Der Staat fährt die Strategie der „Verehrenamtlichung der Sozialen Arbeit“, um weiter Kosten einzusparen.

Folgen für die Profession der Sozialen Arbeit

Während durch die Politik der Ausbau des Ehrenamts belobigt und gefordert wurde, zeigten und zeigen sich bis heute in der Arbeit die Schattenseiten: Die Folgen der Sparpolitik haben deutliche Auswirkungen auf die Hauptamtlichen, die Zielgruppen und auf die Soziale Arbeit selbst als Profession. Der Staat fährt die Strategie der „Verehrenamtlichung der Sozialen Arbeit“, um weiter Kosten einzusparen. Fachkräfte können aus ökonomischen Gründen verdrängt werden, da sie „kostenintensiv“ sind. Somit haben sie zunehmend mit schlechteren Arbeitsbedingungen zu kämpfen, sind oft befristeten Verträgen ausgesetzt und müssen um ihre Jobs fürchten, da in öffentlicher Verwaltung und herrschender Politik die Meinung besteht, dass die Arbeit angeblich genauso gut von Ehrenamtlichen übernommen werden könne. Fachliche Standards und Professionsethik sind hierbei nebensächlich.

Teilweise werden Sozialarbeiter*innen zu Sozialmanager*innen, die Ehrenamtliche akquirieren und einarbeiten sollen (s. Freiwilligenagenturen und Quartiersmanagements), damit diese dann (fachliche) Tätigkeiten unentgeltlich oder für eine geringe Aufwandsentschädigung übernehmen können. Durch den stetigen Druck, ihr Dasein und ihre professionelle Überlegenheit beweisen und rechtfertigen zu müssen, leiden sowohl die professionelle Identität des Hauptamtes als auch die Zielgruppen. Ehrenamtliche haben weniger eine Verpflichtung zur Einhaltung gewisser Normen, was teilweise mit Qualitätseinbußen einhergeht. Viele Ehrenamtliche übernehmen in Teilen kaum zu unterscheidende Tätigkeitsfelder, wie es Hauptamtliche bereits tun.

Dies bedeutet: Oft ohne eine Qualifikation bzw. fachliches Know-How. Daher wird auch hier über Belastungen geklagt, die die teilweise sehr anspruchsvolle Tätigkeit an die Ehrenamtlichen stellt. Sie haben oft nicht die Möglichkeit, die Inhalte im Rahmen professioneller Distanz und fachlicher Expertise zu bewältigen. Die genannten minimalen Posten für (finanzielle) Aufwandsentschädigungen sind politische Antworten auf diagnostizierte Überforderung der Ehrenamtlichen, welche zudem keine Arbeits- und tariflichen Standards für sich geltend machen können, was die Gefahr der Ausbeutung um ein Vielfaches erhöht. Dies macht das Ehrenamt in letzter Konsequenz zu einer schlecht bezahlten Erwerbsarbeit und eröffnet einen Niedriglohnbereich, der gleichzeitig zu einer (weiteren) Entwertung sozialer Berufe führt und letztlich zu einer Deprofessionalisierung.

Die Situation wird sich weiter verschärfen. Neue Stellen werden nicht geschaffen, da sich seitens der herrschenden Politik jährlich im Rahmen von „Freiwilligentagen bzw. -wochen“ lobend auf den Ehrenamtssektor berufen wird.

Es bedarf eines Umdenkens in der Gesellschaft, einer Politisierung der Thematik und einem Wandel der Sozialpolitik, die sich nicht auf Kosten von Haupt- oder Ehrenamtlichen immer mehr zurückzieht, sondern den Staat wieder in seine (finanzielle und politische) Verantwortung holt. Soziale Bereiche müssen materiell aufgewertet, Sozialarbeitende darüber entlastet, entsprechend vergütet und wertgeschätzt werden.

Quellen und Leseempfehlungen:

[1] BMFSFJ (2021): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019)*, Berlin

3

Interview:

„Wir haben das Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber dem Arbeitgeber verloren.“

Ein Interview mit dem Kollegen Alex über Betriebsgruppen und Organisierung für die gemeinsamen Interessen als Arbeiter*innen.



TV-L Streikdemonstration „Berlin will mehr!“ (Berlin, 22.11.2023)

Hallo Alex, die bescheidenen Formen betrieblicher Mitbestimmung wie Betriebs- und Personalrat sind nur wenigen Kolleg*innen in der Sozialen Arbeit bekannt. Doch was ist eigentlich eine Betriebsgruppe?

[Alex] Eine Betriebsgruppe ist bei uns in der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) nach der Satzung die unterste Gliederung unserer Gewerkschaft. Sie umfasst die gewerkschaftlich organisierten Kolleg*innen im Betrieb, ist durch die Koalitionsfreiheit nach Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes geschützt und vertritt die politischen und gewerkschaftlichen Positionen von uns Gewerkschafter*innen am Arbeitsplatz. Sie sind auch für die Gewerkschaft sehr wichtig, da sie die Stimmungen und Bedürfnisse von der Gewerkschaftsbasis nach oben tragen und Impulse von unten geben.

Betriebsgruppen als Ausdruck organisierter Belegschaften sind, wie erwähnt, in der Sozialen Arbeit nicht sonderlich bekannt. Wie findet man Kolleg*innen im Betrieb, die aktiv werden wollen?

Sprecht mit den gewerkschaftlich aktiven Kolleg*innen in eurem Betrieb. Diese sind meistens auch die Vertrauenspersonen. [1] Die Vertrauenspersonen sind die Verbindung zwischen Gewerkschaft und den organisierten Mitgliedern, sie vertreten die Gewerkschaften vor Ort. Sie bekommen die Mitgliederlisten und können dann die Kolleg*innen zu einem Betriebsgruppentreffen einladen. Wenn es noch keine Vertrauensperson im Betrieb gibt, kann man sich an seine Gewerkschaft wenden und selber die Vertrauensperson werden und eine Betriebsgruppe aufbauen. Vor Ort sind die Präsenz und die Kommunikation mit den Kolleg*innen das Wichtigste. Es geht um die Frage, welche Anliegen haben die Kolleg*innen, welche Probleme gibt es und was können wir dagegen tun?

Oft reagieren Leitungen und Geschäftsführungen allergisch, wenn Kolleg*innen ihr Interesse gemeinsam durchsetzen wollen. Auch unter Kolleg*innen gibt es leider so manches Unverständnis und sogar Sorge vor Einschüchterungen. Welche Hürde gab es bei eurer Betriebsgruppen-gründung?

Betriebsgruppen haben keine Friedenspflicht wie Betriebs- oder Personalräte, deswegen brauchen sie auch kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Sie mischen sich in den Alltag des Betriebes ein und sind damit immer unbequem. Es braucht seine Zeit, bis die Gegenseite es akzeptiert hat, dass wir unsere demokratischen Rechte wahrnehmen und mitentscheiden wollen. Bei uns an der Schule gab es eine klassische paternalistische Leitung, welche mit einem Teile-und-Herrsche-

Prinzip gehandelt hat. Es wurden Kolleg*innen individuell unter Druck gesetzt und damit mundtot gemacht. Es gab Diffamierungen bis hin zu Mobbing bei uns. Nur mit unserer Existenz konnte dieses Modell durchbrochen werden. Wir Kolleg*innen ließen uns nicht mehr spalten und lernten, kollektiv nein zu sagen.

Wo kann man sich Unterstützung oder Beratung zum Thema betriebliche Organisierung holen?

Einfach in den Gewerkschaften nachfragen und sich mit Kolleg*innen austauschen, bei denen es Betriebsgruppen gibt. Es macht Sinn, sich mit Betriebs-Organizing auseinanderzusetzen. Mir half das Buch von Labor Notes, „Geheimnisse einer erfolgreichen Organizerin“, aber es gibt auch viele andere Bücher dazu. [2]

Du hast gerade richtigerweise gesagt, dass man sich als Belegschaft nicht spalten lassen darf. Wie sieht das konstruktive Verhältnis zu bestehenden Gremien wie einem Betriebs- oder Personalrat aus?

Es gibt oft eine Personalunion von Kolleg*innen in beiden Gremien und man kooperiert natürlich und spielt einander die Bälle zu, um das Beste für die Kolleg*innen herauszuholen. Bei Betriebs- und Personalräten, die eher die Position der Arbeitgeber*innen einnehmen, sollte man versuchen, sie bei den nächsten Wahlen loszuwerden.

Was hat sich als Betriebsgruppe für eure Arbeit und für euch als Lohnabhängige geändert?

Wir haben das Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber dem Arbeitgeber verloren. Wir lernten, kollektiv zu handeln und

fordern jetzt unsere demokratischen Rechte am Arbeitsplatz ein. Wir erleben damit das starke Gefühl der Solidarität und der Selbstermächtigung.

Habt ihr Beispiele für erfolgreiche Kämpfe?

Diese Frage ist schwierig zu beantworten. Betriebsgruppenarbeit ist Sisyphusarbeit. Wir sind tagtäglich damit beschäftigt, gewerkschaftliche Kampagnen zu verbreitern, die Stimmung der Kolleg*innen einzufangen und zu versuchen, den Unmut kollektiv auszudrücken. Erfolge sind dabei schwer zu messen. Die großen Kämpfe wie der jetzige Tarifvertrag Gesundheitsschutz für die Lehrkräfte führen wir mit allen Kolleg*innen der GEW Berlin, wo wir versuchen so viele wie möglich zu mobilisieren und die Arbeitsbedingungen von uns allen real zu verbessern.

Das Interview wurde mit Alexander Kübler, GEW-Vertrauensperson an der Schule in der Kölnischen Heide und aktiv in der GEW Betriebsgruppe 08G35, geführt. Hierfür bedanken wir uns herzlich!

Quellen und Leseempfehlungen:

[1] Materialien zu „Was sind Vertrauensleute? Wie kann ich eine Betriebsgruppe in meinem Betrieb aufbauen?“ finden sich u.a. hier (als Shortlink): <https://t.ly/dEnQy>

[2] Bradbury, Alexandra / Brenner, Mark / Slaughter, Jane (2018): *Geheimnisse einer erfolgreichen Organizerin*, Schmetterling Verlag, Stuttgart



Demonstration „Soziale Arbeit am Limit!“ (Berlin, 21.10.2023)

4

Prekär und abgewertet: Care-Arbeit und Soziale Arbeit

Warum Soziale Arbeit
auch immer feministisch ist.

Die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit wird in unserer Gesellschaft zumeist von Frauen* geleistet und im patriarchalen Kapitalismus strukturell abgewertet. Im privaten Bereich ist sie allermeist unbezahlt, prekär und unsichtbar. Die Soziale Arbeit stellt eine erforderliche und gesellschaftlich notwendige Professionalisierung von Care-Arbeit dar, sie ist sichtbar und wird entlohnt. Sie wird zu 70 Prozent von Frauen* geleistet. Vorrangig ist sie geprägt von unsicheren Anstellungsverhältnissen und Unterbezahlung und wird gesellschaftlich nur gering wahrgenommen.

Der hohe Frauen*anteil wird oft vordergründig als „das Problem“ thematisiert, in einem Atemzug mit dem niedrigen Status des Berufszweiges und als eine der Ursachen bzw. als Vorwand für die geringe (gesellschaftliche) Anerkennung und Entlohnung genannt. Die Prägung Sozialer Arbeit als vermeintlich weibliche Tätigkeit sowie ihre enge Verstrickung von Geschlecht und Profession bestimmen seit ihrer Entstehung ihre Bewertung, Stellung und Qualifikationszuschreibung im kapitalistischen System der Lohnarbeit. Durch ihre historische Entwicklung und aufgrund ihres reproduktiven Charakters wird Soziale Arbeit per patriarchaler Fremdzuschreibung als „Frauenberuf“ abgewertet. Emotionale Arbeiten, sich kümmern und Sorgen, gelten dabei als „natürliche“ Eigenschaften von Frauen*. Diese Arbeit bedürfe daher vermeintlich keiner besonderen Kompetenzen und müsse demnach auch nicht (ausreichend) entlohnt werden. Das macht sich auch in ihrer Finanzierung und Bezahlung bemerkbar, welche unter anderem Abbilder der geringen Wertschätzung und Anerkennung von Care-Arbeit sind. Dahinter steht die Frage: Wie soll Care-Arbeit gesamtgesellschaftlich organisiert und wahrgenommen werden?

Um die gesellschaftliche Abwertung und damit einhergehende Prekarisierung der Sozialen Arbeit entschieden zu bekämpfen, muss die Ungleichheitsrelevanz von Geschlecht

sichtbar gemacht werden und diese als Ausdruck patriarchaler, kultureller Wertemuster analysiert werden. Um die niedrige Entlohnung, die prekären Arbeitsbedingungen und die geringe Anerkennung als Ausdruck von Verwobenheit des Patriarchats und kapitalistischer Ausbeutung benennen zu können, ist ein professionsübergreifender, feministischer Blick auf die Organisierung der Care-Berufe notwendig.

Was ist Care-Arbeit?

Im Zuge sozialistisch-feministischer Debatten wird der Begriff der Care-Arbeit seit Beginn der 1970er/1980er Jahre verwendet und bezieht neben der bezahlten Reproduktionsarbeit (hier u.a. die Soziale Arbeit) auch die unbezahlte Sorge- und Pflegearbeit (u.a. im häuslichen, familiären Kontext) mit ein und untersucht ihre Bedeutung für die Existenz der kapitalistischen Ausbeutung. Care-Arbeit bezeichnet also begrifflich erweitert die gesellschaftlich notwendige, vielfältige Reproduktionsarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft. Bereits Karl Marx richtete seinen Blick auf Haus- und Sorgearbeit zur (Wieder-)Herstellung der Arbeitskraft und zur Schaffung „neuer Arbeiter*innen“, die für den kapitalistischen Produktionsprozess von elementarer Bedeutung sind. Denn wo keine Arbeitskraft (wieder-)hergestellt wird, wo keine Arbeiter*innen nachwachsen, erzogen, ernährt und umsorgt werden, kann keine (adäquate) Ausbeutung von Menschen mit ihrer Arbeitskraft für die Profite der Kapitalist*innen stattfinden. Der kapitalistische Produktionsprozess mitsamt seiner bestehenden Klassengesellschaft würde umgehend kollabieren. Die Reproduktionsarbeit im Kapitalismus wurde und wird vor allem von Frauen* geleistet.

Weite Teile der Reproduktionsarbeit werden nicht bezahlt, da sie für das Kapital nicht bzw. nur sehr schwer in Wert gesetzt werden können. Diese Arbeit wird jedoch tagtäglich und weltweit durch den kapitalistischen Produktionsprozess angeeignet, in dem das Kapital jene (wieder-)hergestellte Arbeitskraft im Rahmen der Lohnarbeit ausbeutet und darüber die Schaffung von Mehrwerten und schließlich Profite sicherstellt.

In der vorliegenden Handreichung umreißen wir vor allem, in welcher Form und warum die feminisierten, bezahlten Reproduktionsarbeiten (hier im Sinne der Sozialen Arbeit) im patriarchalen Kapitalismus (finanziell und gesellschaftspolitisch) abgewertet und die Lohnarbeiter*innen in diesen Sektoren ausgebeutet werden.

Thematisierung der Geschlechterungerechtigkeit

Die aktuelle Prekarität der Sozialen Arbeit wird zum einen auf die Wirkung der Kategorie Geschlecht zurückgeführt, womit eine strukturelle Benachteiligung aufgrund dessen einhergeht. Dies zeigt, dass Geschlecht Soziale Arbeit im Besonderen und Lohnarbeit im Allgemeinen weiterhin strukturiert. Die Abwertungsdynamiken von Sozialer Arbeit und Care-Arbeit stehen in einer wechselseitigen Beziehung. Die Verstrickung von Sozialer Arbeit (bezahlt und professionalisiert) und Care-Arbeit (unbezahlt) müssen zusammengedacht werden, um die Nicht-Thematisierung von Geschlecht und dessen Legitimation für Ausbeutungsverhältnisse zu

überwinden und Kämpfe gegen (sexistische) Ausbeutung zusammendenken und vereinen zu können.

Patriarchal geprägte und als sogenannte Frauen*berufe gelabelte Care-Berufe – und damit auch die Soziale Arbeit – gelten unter anderem durch die personenbezogenen Dienstleistungen zu den statusniedrigeren Berufen sowie als Semi-Profession. Sie sind durch prekäre Einkommens- und Beschäftigungsverhältnisse geprägt. Vermeintlich fehlt es an einem „männlich“ konnotierten, hoch strukturierten Aufgabenbereich.

Historisch betrachtet war die „Verberuflichung Sozialer Arbeit“ zum einen ein legitimer Weg zur Anerkennung von weiblicher Berufstätigkeit. Dies ging aber mit einer Unterwerfung bestimmter Weiblichkeitsklischees einher, wie „geistiger Mütterlichkeit“ und „Fürsorglichkeit“. Erst die zweite Frauen*bewegung in den 1970er Jahren benennt die strukturellen Defizite Sozialer Arbeit als Frauen*beruf und thematisiert die geschlechtsbedingte Geringschätzung und den damit einhergehenden Mangel an gesellschaftspolitischer Anerkennung. Um die gesellschaftliche Abwertung zu mindern, wird oft ein „männlich“ konnotierter Zugang zu Sozialer Arbeit gewählt, welcher an neoliberale und betriebswirtschaftliche Prioritäten wie Effektivität, Leistungsstärke und Produktivität ausgerichtet ist und dadurch außer Acht lässt, dass Soziale Arbeit nicht dem formalen betriebswirtschaftlichen Denken unterzogen und nicht in einer messbaren Produktlogik gedacht werden kann.

Durch betriebswirtschaftliche Maßnahmen steigen der zeitliche Druck und die vorgefertigten, zu verwaltenden sowie zu managenden Abläufe und Aufgaben, welche unter anderem zu höherer Arbeitsbelastung führen und somit verkennen, dass Soziale Arbeit hochkomplex ist und entsprechende

sozialwissenschaftliche Sichtweisen in ihrer Bewertung und Analyse erfordert. Beispielsweise die alltagsweltlich orientierten Beziehungsarbeiten werden als Konsequenz dieser betriebswirtschaftlichen Logik abgewertet und an ungelernete oder weniger gut ausgebildete Fachkräfte wie etwa Sozialassistent*innen oder Erzieherhelfer*innen ausgelagert. Diese führen diese alltagsweltlich orientierten Tätigkeiten weniger gut ausgebildet und für noch viel weniger Gehalt aus. Diese Verschiebung von elementaren sozialarbeiterischen Tätigkeiten an (im schlimmsten Fall) Laien führt letztlich zu einer Deprofessionalisierung von Sozialer Arbeit, unter der dann durch mangelnde Qualität auch die Klient*innen leiden. Zu dem Thema der Deprofessionalisierung empfehlen wir den hier in der Broschüre befindlichen Text **Soziale Arbeit für „umme“? Lohnarbeit im Angesicht von Deprofessionalisierung und Ehrenamt.**

Auch die Soziale Arbeit selbst ist nicht frei von Ungleichheit in Geschlechterverhältnissen. Während sie selbst als Profession Opfer sexistischer Abwertungen der Gesellschaft ist, gibt es auch in unserer Branche Unterschiede. Frauen* sind häufiger in befristeten Arbeitsverhältnissen und arbeiten häufiger in Teilzeit. Durch die hohe Belastung der bezahlten Care-Berufe ist oft nur die Arbeitszeitreduktion eine Lösung, um die ebenfalls anstehende unbezahlte Care- und Reproduktionsarbeit zu bewältigen, welche auch im privaten Bereich überwiegend von Frauen* geleistet wird und durch eine Doppelbelastung/Doppelausbeutung geprägt ist.

Beides stellt ein erhebliches erhöhtes finanzielles Risiko dar und geht oft mit späteren Benachteiligungen in beispielsweise der Rentenhöhe einher, was im Text **Anstellungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen** noch weiter ausgeführt wird. In diesem Zusammenhang ist auch zu benennen, dass Vollzeit-Arbeit, also eine 40-Stunden-Woche, die Gleichberech-

tigung zwischen den Geschlechtern verhindert. Das Ringen um Zeit ist zu einem zentralen Konfliktfeld in der kapitalistischen Gesellschaft geworden und Care-Arbeit kann darin oft nur durch Teilzeit und Unterbrechung der Erwerbsarbeit bewältigt werden. Ohne eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, bei vollem Lohn- und Personalausgleich, kann Care-Arbeit nicht gleichberechtigt geschehen.

Ebenfalls beachtlich ist, dass je höher die Positionen in der Sozialen Arbeit ist, desto geringer die Frauen*quote ausfällt. Dies ist ebenfalls ein Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Machtverhältnisse. Die Abwertung des Berufszweiges wird als unattraktiv für Männer* und mit als Grund gesehen, dass es zwar nur ungefähr 20 Prozent Männer in den Bachelorstudiengängen gibt, welche dann aber wiederum in einer sehr hohen Quote in den Masterstudiengängen vertreten sind. Diese sind im späteren Berufsleben diejenigen, die häufiger aufsteigen und mehr Lohn verdienen. Der Gender-Bias (also die vergeschlechtlichten Vorurteile) in der wissenschaftlichen und universitären Landschaft Sozialer Arbeit hält sich bis heute, da überdurchschnittlich viele Männer* in Planung, Entwicklung sowie die Theorie involviert sind und Frauen* vermeintlich als Praktiker*innen gelten.

Neuorganisation und Neuverteilung von Care Arbeit - Schaffen wir eine soziale Infrastruktur für alle!

Die geschlechterbezogene Ungleichheit und die damit einhergehende prekäre Situation von Sozialer Arbeit und Care Arbeit wird als Feature des kapitalistischen Staates angesehen, ohne welches dieser nicht funktional wäre. Sorgearbeit ist von elementarer Bedeutung für das Kapital, sie erschafft erst die tägliche nötige Arbeitskraft – oder auch viel grundlegender – die Erziehung und Ausbildung neuer Lohnarbei-

ter*innen. Ohne Care-Arbeit keine Erwerbsarbeit, denn es braucht schließlich funktionierende Arbeiter*innen.

Sie ist die Basis, auf der das kapitalistische Wirtschaftssystem funktioniert. Und diese Basis ist so grundlegend und allgegenwärtig, dass wir meinen, gar nicht darüber reden zu müssen. Trotzdem wird sie ignoriert.

Von ihrer Ausbeutung, die durch die patriarchale Abwertung der Frauen*, die diese Fürsorgearbeit leisten, erst möglich wird, profitiert die Kapitalist*innenklasse. Care-Arbeit sorgt für ihre Milliardengewinne – eine Aufwertung und Bezahlung würde ihr System zusammenbrechen lassen. Daher stellt sich also die Frage nach gesellschaftlicher (Neu-)Organisation von Care-Arbeit. Die gesellschaftliche Anerkennung in der Sozialen Arbeit funktioniert nur bedingt und wird nicht vollständig zu schaffen sein, ohne die gesellschaftliche (Neu-)Organisation von Care-Arbeit. Einerseits wird neoliberal forciert, Haus- und Betreuungsarbeiten, bspw. über Dienstleistungen und ihren Plattformen, zu reprivatisieren. Dies bedeutet, die Frage nach gesellschaftlicher Organisation und Bedeutung von Reproduktionsarbeit für die Schaffung und Erhaltung ausbeutbarer Arbeitskraft für den kapitalistischen Arbeitsmarkt zu ignorieren und damit auch wieder zu entpolitisieren. Ein Beispiel: Wie sollen sich die vereinzelt und voneinander isolierten, in individueller Konkurrenz gesetzten Arbeiter*innen zusammenschließen und für ihre Interessen eintreten? Gleichzeitig werden Fragen der täglichen Lebensführung der neoliberalen Ökonomisierung ausgesetzt und es wird versucht, alles an Care-Tätigkeiten – ob bezahlt oder nicht – für das Kapital dienlich zu machen.

Care-Arbeit ist auch eine Klassenfrage, da Personen, die finanziell gut aufgestellt sind und somit vielleicht nicht lohnabhängig, diese an prekär beschäftigte (und meist migranti-

sche) Arbeiter*innen, oft in ausbeuterischen Anstellungsverhältnissen, auslagern. Es entstehen sogenannte Care Chains bzw. Betreuungsketten durch die globale Umverteilung von Care-Arbeit. Die Doppelbelastung vieler Frauen* im Kapitalismus durch Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit zuhause wird aus den öffentlichen Diskursarenen verdrängt, zu privaten Lifestyleproblemen oder zur individuellen Geldbeutelfrage verklärt. Damit verbunden und begleitet: Entsprechende Coachingangebote (für die, die es sich leisten können), um Beruf und „das Private“ sowie das Management des eigenen Finanzhaushaltes organisiert und unter einem Hut zu bekommen.

Eine Neuordnung von Care-Arbeit und ein Perspektivenwechsel, in welchem Care-Arbeit und somit Soziale Arbeit in ihren Ausmaßen und Wirkungen sichtbar und als eine gesellschaftlich notwendige Tätigkeit anerkannt und eingeordnet werden sowie eine Befreiung aus dem Zustand Teil jedweder Art „weiblicher Natur“ zu sein, sind notwendig. [1] Wenn die Frage einer Neubewertung einer gerechten Organisation von Sorge stattfinden würde, ohne Care-Arbeit als Teil weiblicher Verantwortung zu formulieren, folgt zumindest zu Teilen eine Aufwertung von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit und damit inbegriffen der Care-Berufe. Zusammenfassend lässt sich aber sagen, dass Geschlechtergleichstellung allein, ohne die Problematisierung des Kapitalismus, nicht die Aufwertung bringen wird. Kapitalismus und Patriarchat werten die Profession sozusagen symbiotisch ab.

Who-Cares: Soziale Arbeit als ein Teil eines Zusammenschlusses aus vielen Care-Berufen

Der Care-Bereich kann ein äußerst machtvoller Zusammenschluss sein und ein elementares Bindeglied zwischen

gemeinsamen Arbeitskämpfen im Lohnsektor und feministischen Kämpfen, die bezahlte und unbezahlte Arbeit und Arbeitsverhältnisse in den Blick nehmen. Der Sozial- und Erziehungsdienst, die Bildung, die Gesundheits- und Pflegeberufe sowie die Reinigung sind von einer gemeinsamen Abwertung betroffen. Um sichtbar zu machen, dass Care-Arbeit in verschiedenen Berufsgruppen stattfindet und diese in Kämpfen gemeinsam gedacht werden müssen, wird nun auch oft der SAHGE-Begriff benutzt. SA für Soziale Arbeit, H für Haushaltsnahe Dienstleistungen, G für Gesundheit und Pflege sowie E für Erziehung. Es benötigt in all diesen Bereichen eine materielle Anerkennung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit sowie eine Sichtbarkeit dessen, von wem diese geleistet wird. Gemeinsam muss hier nicht nur für bessere Löhne gekämpft werden, sondern auch für bessere Arbeitsbedingungen, um gesund bis zur Rente arbeiten zu können. Gerade die skandalös schlechten Arbeitsbedingungen sorgen dafür, dass nicht nur die Würde derer, die betreut werden müssen, verletzt wird, sondern eben auch die Würde derer, die die Care-Arbeit erbringen.

Zusammenfassend lassen sich verschiedene Herausforderungen für uns Lohnabhängige benennen. Zum einen muss im Care-Bereich Gleichstellung gefordert und auf Sexismus hingewiesen werden. Zum anderen benötigt es eine lautstarke gemeinsame Forderung nach Anerkennung und Aufwertung, besseren Arbeitsbedingungen und eine neue Debatte über die gesellschaftliche Organisation von Care-Arbeit. Im kapitalistischen System ist diese nicht zu haben.

Quellen und Leseempfehlungen:

[1] Heite, Catrin (2009): *Soziale Arbeit als Profession im Kontext geschlechterhierarchischer Positionierungen*. In: Glaser, Edith und Andresen, Sabine (Hg.): *Disziplingeschichte der Erziehungswissenschaft als Geschlechtergeschichte*. Opladen, Verlag Barbara Budrich, S. 49–60.

5

Anstellungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen

Umstände Sozialer Arbeit als Folge
kapitalistischer Verwertung und
neoliberaler Sparlogik

Spricht man Sozialarbeiter*innen auf ihre Arbeit an, schaut man in die Veröffentlichungen der Gewerkschaften zu dem Thema oder liest die aktuellen Studien dazu, ergibt sich ein Bild von einem Beruf in der Krise. Die Menschen, die ihren Lebensunterhalt in dem Bereich verdienen, machen sich überdurchschnittlich häufig Sorgen um ihre berufliche Zukunft und erwägen einen Arbeitsplatzwechsel. Jede*r sechste von ihnen ist laut einer GEW-Studie [1] in Teilzeit, arbeitet also 20 Wochenstunden oder weniger. Dies geschieht häufig unfreiwillig, weil die Vollzeitstellen fehlen, die Belastung zu groß ist oder weil sie aufgrund ihrer Geschlechterrolle nebenbei noch unbezahlte Arbeit in der Familie erledigen müssen. Jede*r fünfte hat nur eine befristete Anstellung, weil die Finanzierung unsicher sei ist. Sie finden sich überdurchschnittlich häufig in der Situation wieder, Qualitätsabstriche in ihrer Arbeit machen zu müssen, um ihr Arbeitspensum zu schaffen. Sie erleben überdurchschnittlich häufig ein Betriebsklima, das offene Kritik nicht zulässt. Reich wird man damit auch nicht. Viele werden von ihrer Rente allein nicht leben können. Die hohe Arbeitsintensität, die emotionalen Anforderungen des Jobs, die schlechte Bezahlung und Beschäftigungssicherheit – all das hinterlässt Spuren. Sozialarbeiter*innen sind besonders gefährdet, an Burnout zu erkranken und andere psychische Leiden zu entwickeln. Als Alternative bleibt oft nur, den Interessen ihrer Adressat*innen gegenüber abzustumpfen und eine Schonhaltung im Arbeitsalltag einzunehmen.

Warum ist das so? Die Antwort liegt, wie so oft, im kapitalistischen System.

Diese prekären Arbeitsverhältnisse in der Sozialen Arbeit entstehen nicht in einem luftleeren Raum. Sie sind der Ausdruck des Stellenwerts Sozialer Arbeit im Kapitalismus und sind zudem durch neoliberale Entwicklungen geprägt.

Doch wie sind diese grundsätzlichen (Re-)Produktionsbedingungen Sozialer Arbeit zu verstehen und woran sehen wir das konkret?

Grundsätzlich lässt sich zur Sozialarbeit sagen, dass sie als professionalisierte Care-Arbeit der Produktion und Reproduktion von Arbeitskraft dient. Wir als Sozialarbeiter*innen sorgen im Auftrag des Staates dafür, dass Menschen arbeitsfähig werden und es auch bleiben. Damit nimmt Soziale Arbeit eine existenzielle Stellung für das Kapital ein. Im Widerspruch dazu wird sie jedoch gleichzeitig nicht gesehen, nicht anerkannt und gesellschaftlich sowie finanziell geringgeschätzt. Diese Geringschätzung drückt sich einerseits schon auf einer symbolischen Ebene aus, durch den abwertenden Blick der Öffentlichkeit. Es sei ja nur ein Beruf, in dem man ein wenig mit Menschen rede, das könne doch jede*r und richtige Maloche sei das sowieso nicht. Welche emotionale Intensität der Berufsalltag hat und welche Professionalität, Erfahrung und Ausbildung es dafür braucht, wird dabei nicht gesehen. Wie in dieser Handreichung deutlich dargelegt, schlägt sich die Geringschätzung der Sozialen Arbeit auch ganz praktisch auf materieller Ebene nieder, mit schlechter Bezahlung und ständiger Unterfinanzierung in allen Bereichen.

**Es sei ja nur ein
Beruf, in dem man
ein wenig mit
Menschen rede...**

All das ergibt sich daraus, dass Sozialarbeit trotz ihrer hohen gesellschaftlichen Relevanz für den Erhalt des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Bearbeitung seiner schlimmsten Folgen keinen Mehrwert für das Kapital schafft (siehe dazu auch den Text **Prekär & Abgewertet: Care-Arbeit und Soziale Arbeit**). Schon längst ist bekannt, dass Soziale Arbeit auf lange Sicht durch ihre präventive Arbeit gesellschaftliche Folgekosten vermeidet. Auf den Haushaltspapieren der

Kommunen erscheint sie jedoch nur als reiner Kostenfaktor. Sozialarbeit erwirtschaftet aus Sicht der öffentlichen Hand also kein Geld, trägt nichts zur kapitalistischen Marktwirtschaft bei. Das hat zur Folge, dass sie ständig in ihrem Nutzen hinterfragt wird und einem ständigen Rechtfertigungsdruck unterworfen ist. Gerade in Zeiten kapitalistischer Krisen wird moralischen Argumentationen für eine gute Ausstattung sozialer Angebote eine ökonomische Alternativlosigkeit des Sparzwangs gegenübergestellt. So werden durch diesen Druck Kosten gesenkt. Der Fokus liegt dabei vor allem auf den Personalkosten als größten Kostenfaktor im sozialen Bereich. Neben den geringen Löhnen schafft diese Dynamik auch die prekären Rahmenbedingungen, in denen wir Sozialarbeiter*innen angestellt werden und arbeiten müssen. Eine Dynamik, die also in der Abwertung der Sozialen Arbeit im Kapitalismus ihren Ursprung hat, wird von der Politik bereitwillig umgesetzt – ohne jede Rücksicht auf die Auswirkungen auf Arbeitsbelastung und Gesundheit derjenigen, die Soziale Arbeit Tag für Tag unter diesen Bedingungen leisten. [2]

Eine kurze Geschichte der derzeitigen Sparlogik

Die gesellschaftliche Organisation von Sozialarbeit in ihrer heutigen Form ist vor allem durch die Ökonomisierung ab der späten 1980er-Jahre, aber vor allem in den 1990er-Jahren, geprägt. Ursprünglich öffentliche Aufgaben der sozialen Fürsorge wurden unter Verweis auf das bereits historisch verwendete Subsidiaritätsprinzip nach und nach freien Trägern übergeben. Dieses Prinzip der Subsidiarität als Idee, dass der Staat erst als letzte Instanz ordnend eingreift und somit Zivilgesellschaft und demokratisches Handeln gestärkt werden sollen, wird inzwischen als Deckmantel für Kostenreduzierungen missbraucht. Letztlich wird es sogar inhaltlich dahingehend ad absurdum geführt, dass der Staat sich nicht etwa zurückhält. Ganz im Gegenteil: Er greift durch neue



Demonstration „Soziale Arbeit am Limit!“ (Berlin, 21.10.2023)

Leistungsvereinbarungen, Case-Management-Methoden und Hilfen unter Zwang mit all seiner Kontroll- und Ordnungsmacht in die Soziale Arbeit ein. Das mündet in Steuerungsmechanismen, welche vor allem auf Kürzungen abzielen. Kürzungen der Ansprüche auf bestimmte Sozialleistungen auf Seiten der Adressat*innen Sozialer Arbeit sowie Kürzungen der Ausgaben im Bereich des Personals und der zur Verfügung stehenden Ressourcen für Fachkräfte. Die eigentlich unmögliche betriebswirtschaftliche Rationalisierung der sorgenden Arbeit mit Menschen wird mit allen Mitteln durchgesetzt. Genauso wie Kinder nicht schneller erzogen werden können, ist es nicht möglich, die emotionale Beziehungsarbeit oder Reflexion zu beschleunigen. Doch das ist den Haushaltsfinanziers aus Verwaltung und Politik herzlich egal. Was nicht passt, wird passend gemacht.

In Berlin geschieht dies seit den Verwaltungsreformen Mitte der 1990er beispielsweise durch eine derartige Gestaltung

der Budgetierungen in den Jugendämtern, dass die Bezirke in Konkurrenz zueinander um die Vergabe von Geldern gestellt werden. Dabei sollen sie sich in einer vermeintlich messbaren Effizienz versuchen, sich gegenseitig zu überbieten. Das perfi- de dabei: Effizienz misst sich nicht etwa in den Indikatoren für eine qualitativ gute Sozialarbeit, sondern darin, wie viele bzw. wie wenige Ressourcen je einer als „Produkt“ bezeich- neten Leistung verwendet wurden. Dabei kann es schnell passieren, dass anhand künstlich geschaffener Medianwerte die Gelder, welche schließlich an freie Träger weitergeleitet werden, gekürzt werden. Daraus folgen Zeitdruck und Frust auf Seiten der betroffenen Sozialarbeiter*innen, welche mit den gekürzten Rahmenbedingungen arbeiten müssen.

Das Gefühl, seiner Arbeit nicht mehr hinterherzukommen, trägt nicht. Es hat seinen Ursprung in der politischen Ausge- staltung der Kostensenkungsstrategien im sozialen Bereich. Hinzu kommt die Abkopplung der Lohnentwicklung der freien Träger von den Tarifen des öffentlichen Diensts seit den 2000er-Jahren. Waren bis zu Beginn der 2000er-Jahre die Lücke zwischen freien Trägern und TV-L (Tarifvertrag des Landes Berlin) kein Thema, so verstärkten die Berliner Spar- haushalte diese drastisch. Über zwei Jahrzehnte fällt die Tari- fentwicklung im öffentlichen Dienst nun höher aus, als bei den freien Trägern. Das Ergebnis sind mehrere hundert Euro Gehaltsunterschiede pro Monat in den höheren Entgeltgrup- pen, inklusive entsprechender Folgen für die Rente. Ange- sichts der vielen Teilzeit-Stellen, gerade bei freien Trägern, stellt sich diese Situation nochmal dramatischer dar.

Wie wird der Spardruck in die Praxis umgesetzt?

Umsetzbar wird das Ganze dadurch, dass die freien Träger trotz ihres Status der Gemeinnützigkeit dazu gezwungen sind, wirtschaftlich und in Konkurrenz zueinander gesetzt zu

handeln. Sie müssen mit dem arbeiten, was sie hingeworfen bekommen, wenn sie überleben möchten. Dieser Zwang wird durch die gegebenen Rahmenbedingungen aus befristeten Finanzierungen, Budgetierungen und der Verknappung zeitlicher Ressourcen zu einem großen Druck, der in erster Linie an die Beschäftigten weitergereicht wird.

Wir Sozialarbeiter*innen sind es, die am Ende die Mehrarbeit mit immer weniger Zeit leisten müssen, die in ihrer Anstellung von den Befristungen betroffen werden und die sich auf einmal in prekären Arbeitsverhältnissen wiederfinden. Die Träger werden dabei kreativ, wenn sie merken, dass die anstehende Arbeit nur unter hoher Belastung der Kolleg*innen geleistet werden kann. Als logische Folge der unter Druck setzenden Rahmenbedingungen und Anforderungen flexibilisieren sich auch die Anstellungsverhältnisse: Mehrarbeit, Befristungen und Teilzeit werden zur Regel, ebenso der Einsatz von Honorarkräften und Zeitarbeit. Auch die Einstellungen von Quereinsteiger*innen, dualen Studierenden oder Nicht-Fachkräften, welche lediglich eine kurze Schulung durchlaufen, fügen sich in dieses Muster der Personalkostenreduzierung ein.

Die Geschäftsführungen spielen dabei eine besondere Rolle, waren sie zum Teil doch auch maßgeblich an der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit beteiligt. Oft herrscht in den Betrieben ein Meinungsklima, das es schwierig macht, Probleme im Alltag, insbesondere mit Vorgesetzten, offen anzusprechen. Während die „einfachen“ Sozialarbeitenden versuchen, unter den neoliberalen Verhältnissen eine gute Arbeit zu machen, hat die Geschäftsführung den gesamten Betrieb im Sinn und hat häufig eigene ökonomische Interessen. In Konkurrenz zu anderen Trägern muss sie den politisch auferlegten Sparzwang an die Beschäftigten weiterreichen. Die ideelle Verbindung, die viele Beschäftigten mit ihren Geschäftsführungen

in Bezug auf die Interessen und das Wohl ihrer Klient*innen haben, wird dabei ausgenutzt. Das Helfer*innen-Verständnis begünstigt unsere Ausbeutung und wird ebenfalls schamlos ausgenutzt, damit wir auch bloß nicht zu viel fordern. Eigene tarifpolitische und wirtschaftliche Interessen werden aus Sorge um die Auswirkungen auf die Klient*innen zurückgestellt und nicht selbstbewusst artikuliert. Uns Sozialarbeitenden wird immer suggeriert, dass Arbeitskämpfe auf dem Rücken unser Klient*innen ausgetragen würden. Der Blick auf unsere Arbeitsverhältnisse und ihre desaströsen Auswirkungen zeigt jedoch, dass wir eben diesen Kampf aufnehmen müssen. In unserem Sinne und im Sinne unserer Klient*innen. Dem Gegeneinander-Ausspielen unserer berechtigten Interessen als Lohnabhängige und den Interessen unserer Zielgruppen muss somit entgegengetreten werden.

Um keine Unzufriedenheit unter den Lohnarbeitenden zu schüren, wird uns die Arbeit von Geschäftsführungen und Geldgeber*innen als „Überzeugungsarbeit“ oder gar „eigene Entscheidung“ verkauft, für die man auch mal in den sauren Apfel beißen müsse. Diesen Umständen und Entwicklungen stehen wir Sozialarbeiter*innen oft sehr sprachlos gegenüber. Dabei sind wir gegenüber dem Arbeitsdruck, dem moralischen Stress und der Willkür der Geschäftsführungen alles andere als machtlos! Wenn Kolleg*innen sich gewerkschaftlich organisieren, ihre Interessen gemeinsam artikulieren und in Betriebsräten sowie Betriebsgruppen füreinander da sind, dann verschiebt sich auch die Macht im Betrieb. Die Geschäftsführungen sind zwar auf politischer Ebene nicht unsere Gegner*innen, sie können aber aufgrund des (ökonomischen) Interessensgegensatzes auch kaum als verlässliche Verbündete im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen betrachtet werden.

Zusätzlich zum innerbetrieblichen Kampf muss es jedoch auch eine Anerkennung dessen geben, dass Sozialarbeit in einer kapitalistischen Gesellschaft eben auch von den Konsequenzen betroffen ist, welche von der herrschenden Politik in Gesetzen und Verwaltungsstrukturen verursacht werden. Daraus folgt für uns die Erkenntnis, dass die Antwort auf die Zustände aus Arbeitsdruck, Sparzwang, Befristungen und Burnout auch eine politische Antwort auf einer breiten gesellschaftlichen Basis sein muss. Diese kann schließlich nur organisiert erfolgen, als Kolleg*innen und Arbeiter*innen, trägerübergreifend und gemeinsam.

Quellen und Leseempfehlungen:

[1] GEW (2017): Arbeitsbedingungen als Ausdruck gesellschaftlicher Anerkennung Sozialer Arbeit

[2] Wohlfahrt, Norbert (2020): Soziale Dienstleistungsarbeit im Kapitalismus, in: Otto, Hans-Uwe, Soziale Arbeit im Kapitalismus, Weinheim, Beltz Juventa, S. 182-194.

▶ Weitere Infos



KAMPAGNE FÜR EIN UMFASSENDES **STREIKRECHT**

rechtaufstreik.noblogs.org

▶ Material und Kontakt



Teil #1 der Handreichung als PDF
QR-Code scannen oder unter
unverwertbar.org

SOLIDARITÄTSTREFF
HART AM LIMIT
SOZIALE ARBEIT IM KAPITALISMUS

Solidaritätstreff
jeden 3. Mittwoch im Monat
19:30 Uhr, Kiezhaus Agnes Reinhold

Folgt uns! Instagram / telegram / x **@solitreff**

KIEZHAUS
AGNES REINHOLD

Sozial- und Stadtteilzentrum
Afrikanische Str. 74, Berlin-Wedding
kiezhaus.org

Inter
büro

Internationalistisches Büro
Genter Straße 60, Berlin-Wedding
interbuero.org

